
Interview

"Die Schuldenbremse wird nicht getreten"

Thomas Breining, 03.05.2010 11:22 Uhr



Die Schuldenuhr tickt und tickt und tickt; das wird sich auch nicht ändern, allenfalls verlangsamen, glaubt Berthold Wigger. Foto: AP

Stuttgart - Von Dienstag an tagt in Lübeck der Arbeitskreis Steuerschätzung. Mit Spannung wird dessen Frühjahrsprognose erwartet, die - offiziell - am Donnerstag publik wird. Sie soll in der Debatte um Steuererleichterungen neue Argumente liefern. Der Karlsruher Finanzwissenschaftler Berthold Wigger erklärt hier schon, warum die Einnahmen des Staates sinken und eigentlich eine Steuererhöhung notwendig wäre.

Herr Prof. Wigger, der Staat kehrt nach der Krise nicht automatisch zum ausgeglichenen Haushalt zurück, auch wenn Wirtschaft und damit Steuereinnahmen wieder so stark wachsen wie vorher. Warum ist das so?

Wir hatten einen Einbruch des Bruttoinlandsproduktes bundesweit um etwa fünf Prozent. Jetzt ist absehbar, dass die Wirtschaft zu Wachstumsraten zurückkehrt, wie man sie vor der Krise erwartet hat. In der Zukunft bewegen wir uns aber auf einem Wachstumspfad, der etwa fünf Prozent unter dem Pfad liegt, auf dem wir weiterwachsen würden, wenn wir den Einbruch nicht gehabt hätten. Es fehlen uns also fünf Prozent des Einkommens. Das ist die sogenannte BIP-Lücke.

Lässt sich diese Lücke für Baden-Württemberg beziffern?

Baden-Württemberg ist in einer Sondersituation. Hier war der Einbruch besonders stark, dafür wird im Südwesten das Wachstum stärker ausfallen als in vielen anderen Teilen Deutschlands. Wir haben auch im Südwesten eine Lücke, aber sie wird nicht bei acht Prozent liegen. Ich denke, dass sie vier bis fünf Prozent betragen wird.

Das heißt?

Es kann nicht mehr als eine Überschlagsrechnung sein, aber wenn wir von 350 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt für Baden-Württemberg ausgehen, beträgt die Lücke 14 bis 17 Milliarden. Das schlägt sich auch in den öffentlichen Haushalten nieder, denn entsprechend werden die Steuereinnahmen geringer sein. In der Konsequenz muss man bei den Ausgaben kürzen, wenn man die Einnahmen nicht anpasst. Wenn man sogar noch Steuersenkungen einführen will, muss man bei den Ausgaben noch stärker konsolidieren.

A propos Konsolidierung. In Zukunft greift die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse, gemäß der die Bundesländer keine neuen Schulden mehr machen dürfen. Glauben Sie an dieses Instrument?

Tritt man auf die Schuldenbremse würde die Schuldenstandsquote deutlich sinken, also die Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Die Hauptlast, die durch den Verzicht auf weitere Kredite entsteht, würde dabei in den nächsten 25 Jahren auftreten. Diese Jahre wären eine Zeit, in der die öffentlichen Haushalte intensiv damit beschäftigt wären zu konsolidieren. Ein hoher Teil der öffentlichen Einnahmen wäre dadurch gebunden und könnte nicht für Leistungen des Staates an seine Bürger verwendet werden.

Hält die Politik das durch?

Ich bin inzwischen zu der Auffassung gelangt, dass die Schuldenbremse ausgehebelt werden wird. Sie steht zwar im Grundgesetz, aber es werden Mittel und Wege gefunden, die Bremse nicht voll durchzutreten. Sonst würden zu große Konsolidierungsbelastungen entstehen.

Vor der Krise hat die Konsolidierungssache doch gar nicht so schlecht ausgesehen.

Wir haben jetzt aber diese Wachstumslücke und bewegen uns auf einem niedrigeren Einkommenspfad. Entsprechend hat der Staat weniger Einnahmen. Darum müssten die in der Vergangenheit geplanten Ausgaben ebenfalls - und zwar deutlich - gekürzt werden. Wenn man das nicht macht, muss man sehen, wie man sie trotzdem finanziert bekommt. Das kann entweder über neue Schulden gehen. Dann müsste man die Schuldenbremse aushebeln. Oder das müsste über zusätzliche Einnahmen gehen. Das würde dann nicht Steuersenkung bedeuten, was allenthalben versprochen wird, sondern Erhöhungen.

Was denken Sie, was kommen wird?

Meine Vermutung ist, dass von allem etwas gemacht wird. Wir werden sicher Ausgabenkürzungen sehen, aber wohl nicht in dem Umfang, der notwendig wäre, um zu konsolidieren. Wir werden gleichzeitig Steuererhöhungen sehen.

Wo werden die ansetzen?

Ein natürlicher Kandidat für eine Erhöhung ist die Mehrwertsteuer. Auf Gemeindeebene kann man auch bei der Grundsteuer etwas tun. Wir haben in Deutschland im internationalen Vergleich relativ niedrige Grundsteuereinnahmen.

Wie hoch müsste die Mehrwertsteuer sein?

Ausgehend von den Zahlen für die nächsten Jahre, die natürlich mit Unsicherheiten behaftet sind, würde der Konsolidierungsbedarf allein auf Bundesebene eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Punkte nötig machen. Wenn die Aufteilung der Mehrwertsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern so bleibt wie bisher - grob gesprochen fifty-fifty -, dann wären insgesamt vier Prozentpunkte nötig, um die Finanzierungslücke zu schließen.

Dann wären wir bei 23 Prozent...

Man sollte auch bedenken, dass wir bei der Mehrwertsteuer noch andere Anpassungsmöglichkeiten haben. Es gibt den verminderten Satz, der manchmal mehr gerechtfertigt ist, manchmal weniger. Hier müsste man auch durchforsten. Sicher ein Riesenfehler war die Idee, Hotelübernachtungen mit dem verminderten Satz zu besteuern. Dafür gibt es keinen ökonomischen Grund.

Die letzte Erhöhung der Mehrwertsteuer ist aber noch nicht so lange her ...

Die Mehrwertsteuererhöhung der Großen Koalition war richtig. Sie hat dazu geführt, dass die öffentlichen Haushalte strukturell in Ordnung gekommen sind. Wenn wir diesen massiven Einbruch nicht gehabt hätten, würden wir jetzt in eine Phase ausgeglichener Haushalte einmünden. Das hätte uns Luft verschafft für Senkungen etwa bei den Ertragsteuern. Deutschland steht in der Krise ziemlich gut da, und alle möglichen Länder richten Begehrlichkeiten an uns. Das kommt daher, weil wir vor der Krise die Hausaufgaben gemacht haben. Die Steuererhöhung war richtig, wir hätten dabei aber nicht stehenbleiben dürfen. Wir hätten die Möglichkeit nutzen sollen, um Ertragsteuern wie die Einkommen- oder Körperschaftsteuer zu senken. Jetzt haben wir die Krise, und das Geld ist weg.

Kann man die Menschen wenigstens damit trösten, dass es eine Grenze für Steuererhöhungen gibt, oder stecken wir in einer unendlichen Erhöhungsspirale?

Diese Grenze gibt es. Irgendwann kann der Staat durch Steuererhöhungen keine

Mehreinnahmen erzielen, weil die Ausweicheffekte zu stark werden. Die Leute weichen in die Schattenwirtschaft aus, sie weichen ins Ausland aus, oder sie weichen in die Freizeit aus. Es gibt Hinweise, dass wir von dieser Grenze nicht weit entfernt sind. Deshalb muss man auch mit einer Mehrwertsteuererhöhung vorsichtig sein. Man sollte sie auf jeden Fall an den Plan koppeln, bei Ertragsteuern Erleichterungen zu schaffen. Ohnehin denke ich, dass wir stärker hinkommen müssen zu konsumorientierten Steuern wie der Mehrwertsteuer und wegkommen von den Ertragsteuern.